

NATIONALRATSWAHL 2008

Salz in der Suppe

Wahlkampf. Nach Haselsteiners Polit-Comeback will die Industriellenvereinigung mehr Unternehmer in die Politik schicken. Tatsächlich mischen die Industriellen schon lange höchst diskret mit. Von Otmar Lahodynsky



Wird der Bau-Industrielle Hans Peter Haselsteiner über seine Pläne als neuer Wirtschaftssprecher des Liberalen Forums befragt, zählt er eine lange Wunschliste auf: von vereinfachten Regelungen zur Firmengründung über mehr Verteilungsgerechtigkeit bis zur Einführung der Vermögenszuwachssteuer. „Das gesamte politische Umfeld, wie es sich jetzt darstellt, schreit geradezu nach einer liberalen Alternative zur großen Koalition und zu den kleinen Parteien am rechten Rand“, so der Chef und Miteigentümer des börsennotierten Strabag-Konzerns.

Aber schreit das Land auch nach mehr politischem Einfluss von Industriellen? „Es gibt viel zu wenig Industrielle auf allen Ebenen der Politik“, bedauert der Vizegeneralsekretär der Industriellenvereinigung Peter Koren. „Der Bauernstand, Beamte, Freiberufler und Arbeitnehmer sind im Parlament recht gut vertreten, nur Industrielle nicht.“ Die Industriellenvereinigung werde daher ihre Mitglieder ermuntern, auch selber wieder mehr politische Funktionen zu übernehmen.



Hannes Androsch (re.), Werner Faymann
Der Unternehmer berät den designierten SP-Chef

Der Unternehmerverein hat längst keine unicolore Mitgliedschaft mehr, wenn gleich Schwarz immer noch Modefarbe ist. So bezahlt auch der frühere SPÖ-Politiker und Unternehmer Hannes Androsch die von der Lohnsumme des Betriebs abhängigen Beiträge und zeigt sich von der Durchsetzungskraft der IV beeindruckt (siehe Interview Seite 16).

„Ich bin seit Jahrzehnten der einzige Unternehmer in einer österreichischen Regierung“, meint Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, dessen Pharma-Betrieb von seiner Gattin geführt wird. Dabei

könnten Unternehmer das „Salz in der Suppe“ der Politik sein, „die sonst von Berufspolitikern, freigestellten Beamten und Lehrern sowie Kammer- und Gewerkschaftssekretären geprägt wird“, glaubt der ÖVP-Politiker.

Dass Industrielle hauptberuflich Politiker werden, kommt in Österreich eher selten vor, was auch an den strengen Unvereinbarkeitsregelungen liegt. Für ein politisches Mandat müssen Firmen – seit dem Wirbel um die Steuerberatungskanzlei des damaligen SPÖ-Finanzministers Hannes Androsch – an Treuhänder oder Familienmitglieder übergeben werden.

Alpen-Berlusconi. Den Weg in die Politik sollten nur Firmeneigentümer einschlagen, „die niemanden um Erlaubnis fragen müssen“, rät Minister Bartenstein, der seine ersten politischen Gehversuche in der Jungen Industrie unter Obmann Christoph Leitl, dem heutigen Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich, unternommen hatte. Daher sei Haselsteiners politisches Comeback wegen fremder Aktionäre wie Raiffeisen oder des russischen Oligarchen Oleg Deripaska fragwürdig.



IV-Führungsteam Vizengeneralsekretär Peter Koren, Vizepräsident Wolfgang Welser, Präsident Veit Sorger, Vizepräsident Klaus Pöttinger und Generalsekretär Markus Beyrer (v. li. n. re.)

„Auch für Spitzenmanager sollte die Politik ein absolutes No-go sein“, so Bartenstein.

Haselsteiners Unterstützung für das Liberale Forum – er bezahlt den Großteil des Wahlkampfbudgets von 1,5 Millionen Euro – hat vor allem die Grünen alarmiert. Sie fürchten, Wähler an das LIF zu verlieren.

Der grüne Abgeordnete Peter Pilz verspottet den Tiroler Unternehmer als „Alpen-Berlusconi“. „Ein Bauunternehmer, der von öffentlichen Aufträgen lebt, hat nichts in der Politik verloren. Erstmals hält sich ein Großunternehmer in Österreich eine eigene Partei für seine eigenen Zwecke“, erregt sich Pilz. An dem von ihm Ende der neunziger Jahre angezeigten Baukartell war auch Haselsteiners Strabag beteiligt. Pilz: „Mehrere Manager Haselsteiners wurden 1999 wegen illegaler Kartellbildung verurteilt.“ Auch beim Bau des Klagenfurter Stadions habe Haselsteiner „massiven Druck“ auf Mitglieder der Ausschreibungsjury ausgeübt. Zudem will Pilz wissen, dass von Haselsteiner auch Geld an Jörg Haider's BZÖ geflossen sei.

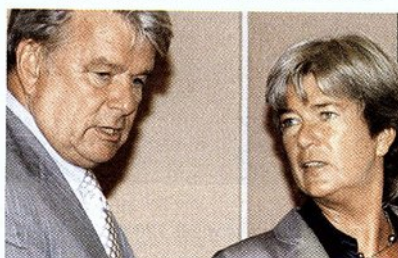
Auf profil-Anfrage stellt der Unterneh-

mer fest: „Dr. Hans Peter Haselsteiner und die Strabag haben keine politischen Parteien außer dem LIF finanziell unterstützt.“

Der Tiroler ÖVP-Rebell Fritz Dinkhauser wiederum soll – nach Angaben von EU-Kritiker Hans-Peter Martin – ein Naheverhältnis zur Tiroler Unternehmerfamilie Swarovski haben. In deren Firmenzentrale in Wattens betont eine Konzernsprecherin: „Weder die Firma Swarovski noch ein Mitglied der Eigentümer-Familie hat die Absicht, Herrn Dinkhausers Liste finanziell zu unterstützen.“

Der Einsatz von einzelnen Unternehmen für bestimmte Parteien oder Politiker lief in Österreich freilich stets diskret ab. Direkte Geldtransaktionen kamen selten ans Tageslicht: etwa als 1979 der Un-

Hans Peter Haselsteiner, Heide Schmidt
Der Bau-Tycoon finanziert das Liberale Forum



ternehmer Bela Rabelbauer der ÖVP-Führung vier Millionen Schilling im Koffer für eine Mandatszusage überreichte oder Ende der neunziger Jahre der inzwischen verstorbene Industrielle Herbert Turnauer dem damaligen FPÖ-Chef Jörg Haider einen ähnlichen Geldbetrag im Plastiksackerl aushändigen ließ.

Die Nähe von Industriellen zum rechten Lager hat historische Wurzeln (siehe Kasten Seite 17). Auch der Papierindustrielle Thomas Prinzhorn hatte die FPÖ ideell und finanziell unterstützt. Prinzhorn zog 1996 für die Blauen auch in den Nationalrat ein und wurde unter der schwarz-blauen Regierung 2000 zum Dritten Präsidenten des Nationalrats gewählt. Anfang der neunziger Jahre war Prinzhorn auch Präsident der Wiener Industriellen.

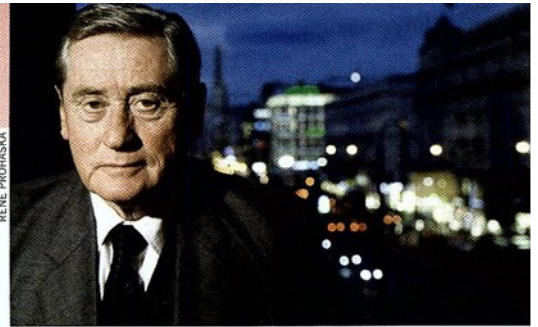
Die straff geführte Organisation am Wiener Schwarzenbergplatz, die mit knapp 140 Mitarbeitern in ganz Österreich rund 3500 Unternehmen vertritt, kümmert sich in erster Linie darum, „dass Österreich als Industriestandort weiter attraktiv bleibt“ (Koren).

Für dieses Ziel entwickelte die IV intensives Lobbying auf allen politischen ►

Interview

„Vor allem töricht“

Hannes Androsch, Unternehmer und Ex-Vizekanzler (SPÖ), über die Erfolge der Industriellenvereinigung und die Versäumnisse der Regierung.



Hannes Androsch „Schönfärberei der Regierung“

Über die Arbeit der Industriellenvereinigung:

Sie vertritt die Interessen der österreichischen Industrie sehr effizient und unterstützt diese im globalen Wettbewerb. Wichtig ist, das in Österreich traditionell industrieunfreundliche Klima und als Folge eine schlechende De-Industrialisierung zu bekämpfen. Jetzt sprechen alle Parteien von der sozialen Wärme. Aber kaum jemand zerbricht sich den Kopf, woher die Mittel dafür kommen sollen. Die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch eine leistungsstarke und moderne Infrastruktur. Die Industriellenvereinigung trat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs massiv für den Ausbau der Verkehrsverbindungen zu den Nachbarländern ein. Unsere Politiker haben aber geschlafen. So ist etwa die überfällige Spange der Ostautobahn nach Kittsee erst seit Kurzem fertig gestellt. Dieselbe kurzsichtige Politik herrscht auch in der Energiepolitik und in der Forschung. Die österreichischen Universitäten bekommen heute bei mehr Studenten so viel Geld wie 1999, also real deutlich weniger. Die Industriellenvereinigung hat diesen Missstand aufgezeigt und kämpft mehr als jede andere Interessenvertretung für mehr Mittel für Forschung und die Universitäten.

Über die Reform des Sozialsystems:

Natürlich braucht man eine sozial faire Verteilung. Immerhin haben wir eine Sozialstaatsquote von 30 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Da muss man schon Fragen zur Effizienz stellen, wenn überall Menschen in die Armut abgleiten, von allein erziehenden Müttern bis

hin zur Altersarmut. Der Sozialstaat funktioniert ungenügend. Aber es geschieht zu wenig, um dies zu ändern. Es fehlt der Mut zu politischem Handeln. Wir wissen doch längst, dass wir mitten in einer Konjunkturabschwächung stecken. Mit Schönfärberei der Regierung kommen wir nicht weiter.

Über die Parteienfinanzierung durch die Industriellenvereinigung:

Wenn Unternehmer Parteien unterstützen, ist das ihr staatsbürgerliches Recht, aber verlangt nach Transparenz. An die FPÖ etwa haben Unternehmer wie Prinzhorn oder Turnauer mehr Geld bezahlt als die Industriellenvereinigung. Herr Turnauer hat dem Jörg Haider ja bekanntlich einige Millionen im Plastiksackerl gebracht. Was ich verwerflich finde, war die Unterstützung der Industriellenvereinigung für die Homepage von Finanzminister Grasser. Das war gesetzeswidrig und vor allem töricht.

Über Betriebsverlagerungen in Niedriglohnländer:

Unternehmerisch tätig zu sein heißt nicht, auch ein Wirtschaftsnomade sein zu müssen. Natürlich möchte ich meine Betriebe und die Arbeitsplätze in Österreich erhalten, weil ich auch eine soziale Verantwortung trage. Unternehmen können aber nur bestehen, wenn sie Geld verdienen. Verluste sind der größte Feind der Arbeitsplätze. Und daher ärgert es mich, bei den Lohnverhandlungen von so manchem meiner Gewerkschaftsfreunde hören zu müssen: Eure Argumente zählen nicht, denn wenn ihr wollt, dann geht ihr ohnedies ins Ausland. Diese nihilistische Haltung finde ich wenig verantwortungsbewusst.

Ebenen. Als ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel in den neunziger Jahren die Privatisierung der verstaatlichten Industrie vorantrieb, hatte er Unterstützer am Schwarzenbergplatz, obwohl seit 1995 auch verstaatlichte Betriebe Mitglieder der Industriellenvereinigung werden dürfen.

Wunschliste. Unter der schwarz-blauen Regierung wurde das Lobbying der IV mit der Steuerreform 2004 mehrfach belohnt. Die Körperschaftsteuer wurde auf den niedrigen Satz von 25 Prozent gesenkt, ein Schritt, den freilich auch SP-Finanzpolitiker zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich gebilligt hatten. Die Einführung der Gruppenbesteuerung, bei der international tätige Konzerne, die sich in Österreich niederließen, Verluste von ausländischen Tochterunternehmen fiskalisch anrechnen lassen konnten, war ein weiterer Schritt, den die Industriellenvereinigung jahrelang gefordert hatte. Auch die am 1. August erfolgte Abschaffung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer stand naturgemäß auf der Wunschliste der Industrievertretung.

Schon Ende der neunziger Jahre hatte die von SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina eingeführte steuerschonende Einrichtung der Privatstiftungen Jubel am Schwarzenbergplatz ausgelöst.

Damit gerieten vergangene Woche einige Stifter in Probleme. Auf der vom Magazin „Format“ veröffentlichten Liste von österreichischen Kunden der Liechtensteiner LGT-Bank, denen Steuerhinterziehung vorgeworfen wird, finden sich etliche Mitglieder der Industriellenvereinigung.

„Wir kümmern uns darum, dass Österreich auch weiterhin für Industriebetriebe

ein wettbewerbsfähiger Standort bleibt“, verkündete IV-Präsident Veit Sorger stolz. Neben den finanziellen Rahmenbedingungen setze sich die IV auch für den Ausbau der Infrastruktur und für die Förderung des „Humankapitals“ ein, ergänzt Vizegeneralsekretär Koren. Ein Hauptschwerpunkt bleibt die Integration Österreichs in der EU. Die Industriellen waren die erste Organisation, die lange vor dem Beitritt ein eigenes Büro in Brüssel aufsperrte.

Daher reagierte die IV Anfang Juli auch auf den EU-Schwenk der SPÖ am schnellsten: In Inseratenserien wurde die Notwendigkeit der EU-Mitgliedschaft für Österreich bekräftigt und die Vorteile der Osterweiterung für Österreich hervorgehoben.

„Die Industriellenvereinigung hat für Österreichs Verankerung in Europa wichtige Initiativen unternommen“, lobt Karl Georg Doutlik, scheidender Chef der EU-Kommissionsvertretung in Österreich. IV-Mitglieder hätten jedoch die Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft stärker in der Öffentlichkeit betonen sollen, so Doutlik. ►



Thomas Prinzhorn (re.), Jörg Haider
Der Papierindustrielle wurde FPÖ-Abgeordneter

„Unauffällig in ein neues Fahrwasser“

NS-Vergangenheit. Der Gründer und erste Präsident der Industriellenvereinigung, Fritz Hamburger, förderte die nationalen Kreise, war selbst illegaler SAler und putschte gegen das Dollfuß-Regime.

Es gibt Varianten des Verschweigens, die einer Lüge nahekommen. In einer offiziellen Stellungnahme, nachzulesen auf ihrer Homepage, gibt die österreichische Industriellenvereinigung über ihre Ursprünge bekannt, dass „die politischen Umbrüche der Ersten Republik auch an dieser Organisation nicht spurlos vorübergingen“. Tatsächlich sind solche Spuren über Familien- und Firmengeschichten, Loyalitäten und Seilschaften noch heute nachzuweisen.

Der erste Präsident des Industriebundes, um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, war Fritz Hamburger, einer von vier Söhnen einer Industriellenfamilie, die im niederösterreichischen Pitten mit innovativen Techniken aus Hadern und Lumpen Papier erzeugte. Fritz, der Zweitjüngste, hatte zwar auch für einen Teil des Familienunternehmens Verantwortung zu tragen, mit größerem Eifer hingegen betrieb er die politische Sache. Als dekoriertes Weltkriegsveteran hatte er, nach eigenen Angaben, eine „nationale Offiziersbewegung auf die Füße gestellt“ und sich nach Ausrufung der Republik leidenschaftlich darum bemüht, mit dem Bund der Industriellen „unauffällig in ein neues Fahrwasser zu kommen“. 1922 gab er auf. „Fortwährende Angriffe der Juden verleiteten mich die Sache in immer steigendem Ausmaße, sodass ich mich im Jahr 1922 entschloss, die Führung der Industrie zurückzulegen“, schrieb Hamburger später in einem Lebenslauf für die NSDAP. Hamburgers große Stunde sollte erst kommen. 1931 wurde er Mitglied der illegalen SA und beteiligte sich an führender Stelle am Juli-Putsch der Nationalsozialisten in Wien, bei dem der christlich-soziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ums Leben kam. Es war geplant gewesen, dass rund

200 SSler in Uniformen des Bundesheeres das Kanzleramt stürmen, das Rundfunkgebäude RAVAG besetzen und den Ministerrat gefangen nehmen. Dilettantismus und Eifersüchteleien zwischen SA und SS vereitelten den Putsch.

Fritz Hamburger, mit 65 Jahren graue Eminenz im Hintergrund, der als Chef der Berndorfer Metallwarenfabrik und leitender Verwaltungsrat der Steyr-Werke seine Flugreisen, die er im Dienste der illegalen NSDAP tätigte, gut als Geschäftsreisen tarnen konnte, wurde verraten und in der Wiener Strafanstalt Stein inhaftiert. 1936 kam er schon wieder frei, und mit der Macht ergreifung der Nazis in Österreich war er voll im Geschäft.

Hamburgers Einsatz für die NS-Bewegung wurde finanziell belohnt. Im Juli 1939 konnte er berichten, er habe „gemeinsam mit der Julius Meinel A. G. die Aktienmajorität der Austria Papierindustrie A. G. (die einem Juden gehörte, Anm.) arisiert“ und sei dort jetzt stellvertretender Aufsichtsratspräsident. Von der Meinel A. G. bekam er – vermutlich für seine beharrlichen „Arisierungs-Bemühungen“ – einen lukrativen Konsulentenvertrag. Das eigentliche Familienunternehmen „W. Hamburger“, an dem mittlerweile die Schwiegersöhne Ernst Prinzhorn und Walter Reinhaller beteiligt waren, bekam die Papierfabrik „M. Pam's Söhne“ zugesprochen. Die jüdischen Besitzerinnen flüchteten mittellos, der ehemalige Fabrikdirektor Max Pam wurde im KZ-Dachau ermordet.



Fritz Hamburger Der erste Chef der Industriellenvereinigung war illegaler Nazi und 1934 an der Ermordung von Dollfuß beteiligt

Heute befindet sich die Hamburger Holding fast zur Gänze im Eigentum der Thomas Prinzhorn Privatstiftung, Julius Meinel V. hat einen Vorstandssitz im Stiftungsrat. Nachkommen der Reinhallers sind Gesellschafter in Prinzhorn-Unternehmen. Man kann annehmen, dass auch die klassenübergreifende Solidarität, die Prinzorns Vater Harald einst dem blutjungen Jörg Haider zukommen ließ, in der Vergangenheit gründet. Der alte Prinzhorn finanzierte in den siebziger Jahren die Jugendzeitung „Tangente“, Haiders propagandistische Plattform, die er gegen die FPÖ-Führung in Stellung brachte. Haiders Vater Robert war wie einst Fritz Hamburger ein illegaler SAler gewesen und hatte am Juli-Putsch gegen Dollfuß teilgenommen. Freilich waren die Hamburgers keine Ausnahme gewesen. Eine ganze Reihe illustrier Namen – Schoeller, von Welsbach, Hinke Langoth – fand sich damals unter den frühen Sympathisanten des NS-Regimes. Auch das Unternehmen Swarovski erwies 1938 „dem Führer dankbare Treuegrüße“. Sämtliche Familienmitglieder hatten sich als illegale Nazis betätigt und konnten während der NS-Herrschaft groß ins Rüstungsgeschäft einsteigen.

Christa Zöchling

Interview

„Herumschreier“

Herbert Krejci, langjähriger Generalsekretär der Industriellenvereinigung (1980–1992), über das Verhältnis zur FPÖ und Fehler der ÖVP.



Herbert Krejci „Verhältnis zu Haider war nicht angenehm“

Profil: Sollen mehr Industrielle wie Hans Peter Haselsteiner politisch tätig werden?

Krejci: Ja, weil es gut ist, wenn ein Parlament nicht nur aus Parteisekretären, freigestellten Lehrern oder Betriebsräten besteht. Es ist gut, wenn dort auch das unternehmerische Element etwas zu sagen hat. Aber viele Unternehmer stellen sich vor, dass es in der Politik zugeht wie in einem Familienunternehmen: Ich drück auf den Knopf, und alle parieren. Viele Unternehmer kennen das Spiel der Politik nicht. Daher haben Beamte und Interessenvertreter einen Vorsprung, weil sie die Mechanismen der Sozialpartnerschaft und des Konsenses besser beherrschen.

profil: Wo hat die Industriellenvereinigung etwas konkret bewirkt?

Krejci: Wir haben uns immer um die Absicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich gekümmert. Von den Wachstumsgesetzen der sechziger Jahre über die Privatisierungen und die Struktur- und Steuerreformen bis zum EU-Beitritt: Das waren alles Projekte, die viel Zeit brauchten und Österreich modernisiert haben.

profil: Die Industriellenvereinigung kam oft mit Parteispenden ins Gerede.

Krejci: Ich habe niemals ein Hehl daraus gemacht, dass es legitim ist, wenn Interessenverbände politische Zahlungen leisten. Wir haben das immer gemacht und auch nie verschwiegen. In der SPÖ-Alleinregierung wurde die Abgabe für solche Zuwendungen eingeführt. Für jede Spende wurden 35 Prozent von der Summe ans Finanzamt überwiesen, später weniger.

Ich war für diese Regelung. Damit war für Ordnung gesorgt. Auch die FPÖ hat immer etwas bekommen, bis dann mit Jörg Haider und seinen Burschen der rüde Ton in die Politik gekommen ist. Die FPÖ war ja früher eine bürgerliche Europapartei mit Leuten wie Wilfried Gredler, einem großen Europäer und liberalen Vordenker. Damals gab es ja dort noch Leute von Format und nicht solche Herumschreier wie jetzt. Das Verhältnis zu Haider war nicht angenehm. Der ist uns gegenüber so aufgetreten, als hätte er einen Rechtsanspruch auf finanzielle Zuwendungen von uns.

profil: Wie gefällt Ihnen die ÖVP derzeit?

Krejci: Sie sollte sich nicht zu sicher fühlen. Die Zahl der Nichtwähler ist groß. Und es gibt viele Kleinparteien. Im bürgerlichen Lager ist die Unsicherheit groß. Viele Bürgerliche fragen mich, was sie wählen sollen. Manche haben jetzt eine Ausweichmöglichkeit mit der Heide Schmidt. Auch die ÖVP hat Fehler gemacht. Die große Koalition muss man wollen, und man muss sie können. Beide Parteien haben sie nicht gewollt. Und gekonnt haben sie es auch nicht. Entscheidend ist die Zumutbarkeit. Was kann ich dem politischen Partner noch zumuten, ohne dass er sein Gesicht verliert. Jetzt müssen wir uns auf labile Lösungen und darauf einstellen, dass wir öfter wählen werden. Es müssen ja nicht gleich italienische Verhältnisse bei uns herrschen. Aber es stimmt mich schon nachdenklich, wenn Eisenbahner-Gewerkschaftschef Wilhelm Haberzettl sagt: „Wenn die Wahl kein geeignetes Resultat bringt, wählen wir gleich noch einmal.“

Die Industriellenvereinigung kann in Debatten weit forscher auftreten als die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die als Teil der Sozialpartnerschaft mehr Rücksicht auf die Gewerkschaften nehmen muss. So forderte die IV vor vier Jahren die Ausweitung der Arbeitszeiten samt Mäßigung bei Lohnabschlüssen, obwohl gerade in Österreich Lohnsteigerungen in der Regel geringer als die Produktivitätsgewinne ausfielen.

Spendenwäsche. Zur Unterstützung für politische Parteien zeigt sich die IV wenig askunftsbereit. Auch die Namen des 120-köpfigen Bundesvorstands bleiben geheim, „weil wir Fragen nach der Höhe der geleisteten Mitgliedsbeiträge vermeiden wollen“, so Koren.

Während der langjährige IV-Generalsekretär Herbert Krejci gegenüber profil Zahlungen an ÖVP und FPÖ als lange geübte Tradition zugibt (siehe Interview), will Koren nur von Unterstützung für Projekte mit „verschiedenen Gruppierungen“ reden. „Alles erfolgt streng im Rahmen der Gesetze.“

Die legalen Bedingungen sind aber für

diskrete Zuwendungen geradezu ideal, wie der Politologe Hubert Sickingler nachwies. „Unternehmer können Geldbeträge über die IV an Parteien schicken und diese auch von der Steuer absetzen. Das Ganze funktioniert als Spendenwaschanlage, weil die Namen der Spender unbekannt bleiben.“

Für einen handfesten Skandal sorgte 2003 die großzügige Förderung der Industriellenvereinigung an Finanzminister Karl-Heinz Grasser, wobei 280.000 Euro an einen Verein, den ein Grasser-Vertrauter leitete, großteils für die Finanzierung einer Homepage geflossen sind.

In den letzten Jahren sind solche direk-



IV-Präsident Veit Sorger (re.), Karl-Heinz Grasser
Grassers Homepage war der IV viel Geld wert

ten Geldspenden deutlich zurückgegangen. Die IV fördert Parteien lieber durch die Bereitstellung von Personal, etwa durch die Bezahlung von Mitarbeitern für Abgeordnete im Nationalrat oder im Europaparlament im Rahmen des „Trainee-Programms“.

Auch das BZÖ erhielt auf diese Weise Unterstützung aus der Industriellenvereinigung, obwohl die Geldflüsse nach der Parteispaltung der FPÖ 2002 in Knittelfeld gekürzt worden waren. So wurden mehrere Mitarbeiter von Verkehrsminister Hubert Gorbach oder vom Dritten Nationalratspräsidenten Thomas Prinzhorn wie auch das Gehalt eines BZÖ-Geschäftsführers von der Industriellenvereinigung bezahlt.

„Die Zuwendungen durch die IV werden überschätzt“, meint Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. „Wichtiger ist das zielorientierte Lobbying für Österreichs Unternehmen.“ Er selbst hätte ein Angebot abgelehnt, sich von der IV eine Homepage um teures Geld einrichten zu lassen. Bartenstein: „Aber ich hatte auch nie die Qualität der Beziehungen zwischen IV und Karl-Heinz Grasser erreicht.“ ■